

# Wirtschafts Woche



Steuern  
Umwelt  
Verkehr  
Gesundheit

## Was jetzt auf uns zukommt



## Mehr Einfluss

Die Macht der Politik über die Finanzmärkte wird oftmals unterschätzt. Das zeigt eine neue Studie, die politische Ereignisse und Finanzmarktdaten abgleicht.

Es gehörte zu den Moden der vergangenen Jahre, den Staat und damit die Politik als Opfer der Globalisierung zu betrachten. Ohnmächtig seien die Politiker geworden, hilflos gegenüber der globalisierten Wirtschaft, die sich nationalen Gesetzen zunehmend entziehe.

So die gängige These.

Vielleicht war sie etwas zu gängig. Denn Politik wirkt durchaus. Manchmal reichen bereits bloße Äußerungen von Regierungsmitgliedern, um Investoren oder Unternehmen zu beeinflussen. Konkretes politisches Handeln – von beschlossenen Gesetzen bis hin zu Extremfällen wie Kriegsoffensiven – beeindruckt die internationalen Finanzmärkte erst recht.

Das zeigt eine neue umfangreiche Studie\*, die in wenigen Tagen erscheint. Politologen und Ökonomen aus Zürich, Jena und Konstanz haben dafür einen eigenen Ansatz entwickelt. Sie glichen Finanzmarktdaten – etwa von Aktien, Rohstoffen oder Staatsanleihen – statistisch mit politischen Ereignissen ab – Gesetzen, Beschlüssen von Gipfeltreffen oder auch Interviews wichtiger Politiker. Auf diese Weise versuch-

ten sie, direkte Wechselwirkungen zwischen den beiden Bereichen aufzuzeigen.

Beispiel Handelspolitik: Die Europäische Union schützt ihren Binnenmarkt vor gentechnisch veränderten Pflanzen. Europa fällt so als Absatzmarkt für amerikanische Gen-Sojabohnen nahezu vollständig aus. Diese gesundheitspolitisch motivierte EU-Protektion setzte aber nicht nur die Sojapreise auf dem US-Markt unter Druck. Die Studie zeigt, dass die EU gleichzeitig den Erzeugern des wichtigsten Soja-Ersatzprodukts Mais geholfen hat – dessen Weltmarktpreis stieg.

Beispiel Finanzpolitik: Am Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt lassen sich auch negative Folgen politischer Entscheidungen verdeutlichen. Verzögerte Defizitverfahren oder laxes Interpretieren der Schuldenregeln mögen kurzfristig politisch vorteilhaft sein, kosten die Euro-Staaten aber viel Geld. Die Forscher zeigen, dass die von den Anlegern geforderten Risikoabschläge für Staatsanleihen der Defizitsünder um bis zu 0,75 Prozentpunkte in die Höhe gehen.

Zwei Beispiele von einem knappen Dutzend, die in der Studie behandelt werden. Egal, ob es um Währungen, Anleihen, Aktien oder Rohstoffe geht: Wie Märkte auf Politiker reagieren, wurde bislang kaum untersucht. Ein Fehler, angesichts von mehr als 60 Billionen US-Dollar Kapital, die jährlich durch die Märkte strömen und so gewaltige Umverteilungseffekte erzeugen – oftmals sogar größere als klassische Umverteilung via Steuern oder Sozialleistungen.

Die Politik, so das Fazit der Autoren, spiele auch in der Globalisierung durchaus „noch eine Rolle“. Sie müsse sich aber künftig viel stärker „dem Urteil der Investoren auf den Finanzmärkten stellen“.

\* M. Bechtel, C. Fahrholz, G. Schneider: „Krieg, Kooperation, Kursverlauf. Die Internationale Politische Ökonomie der Finanzmärkte“. VS Verlag (Oktober 2009)

max haerder | politik@wiwo.de